

Dieselöl Benzin

**HEIZOELHAURI**

Th. Hauri Brennstoffe AG  
Wehtalerstrasse 366 8046 Zürich  
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

<p><b>Eidgenössische Politik</b> <i>Eine intensive erste Sessionswoche in Bern von Nina Fehr Düsel</i> Seite 2</p>	<p><b>Kanton Zürich</b> <i>Neue Gesichter, alte Diskussionen von Ueli Bamert</i> Seite 3</p>	<p><b>Aktuell</b> <i>Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich: Woher, wohin? von Lorenz Habicher</i> Seite 4–5</p>	<p><b>Parlamentsgemeinden</b> <i>Uster: Weder Finanzwissen noch Finanzgewissen von Benjamin Streit</i> Seite 6</p>	<p><b>Veranstaltungs-Tipp</b> <i>SVP-Treff am Weihnachtsmarkt in Dielsdorf</i> Seite 8</p>
--	--	--	--	--

MASSENEINWANDERUNG

## Der Fachkräftemangel ist ein hausgemachtes Problem

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit hat sich die Einwanderung mehr als verdoppelt. Doch die Leute, die kommen, sind nur selten Fachkräfte und machen vor allem älteren Arbeitnehmern Konkurrenz. Die Folge: eine weit höhere Arbeitslosigkeit als offiziell angegeben. Die Einheimischen, die kaum von der Massenzuwanderung profitieren, müssen wieder Priorität haben.



Die Wohnungssuche gestaltet sich für viele immer schwieriger.

Bild: Neuroflash KI

In der kommenden Woche beginnt die Budgetdebatte im Zürcher Kantonsrat, und wie in den Vorjahren werden hunderte Millionen Franken Mehrausgaben budgetiert. Mit dem Budget für das Jahr 2024 erreichen wir ein Rekordergebnis von über 19 Milliarden Franken. Trotz intensiver Bemühungen der Kommissionen, Einsparmöglichkeiten zu finden, bleibt das Ergebnis ernüchternd. Ein bescheidener Kürzungsantrag von 175 Millionen Franken, kaum mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein, liegt vor. Die Begründung für diese Mehrausgaben lautet in der Regel, dass sie durch das Bevölkerungswachstum notwendig

seien. Schülerzahlen steigen um 20 %, daher benötigen wir mehr Lehrer und Schulen. Fachhochschulen verzeichnen steigende Studentenzahlen und die Zunahme von Rechtsfällen aufgrund des Bevölkerungswachstums erfordert eine Erhöhung der Richterstellen am Obergericht.

Diese Beispiele verdeutlichen den Bedarf an zusätzlichen Stellen in verschiedenen Bereichen.

**Kontrolle der Zuwanderung gehört zur Souveränität**

Dieses rapide Stellenwachstum stösst im Kanton Zürich selbst bei den ande-

ren Parteien auf Widerstand. Ein Teil der Begründung für den pauschalen Kürzungsantrag liegt genau hier. Doch gleichzeitig scheint niemand erkennen zu wollen, dass die übertriebene Zuwanderung dem Kanton Zürich letztendlich mehr Kosten als Nutzen bringt. Diejenigen, die dieses Argument in den politischen Diskurs einbringen, werden oft vorschnell als Rassisten, Xenophobe oder Populisten abgestempelt, obwohl das Recht auf selbstbestimmte Zuwanderung ein fundamentales Recht eines jeden Landes ist. Selbst die EU übt dieses Recht an ihren Aussengrenzen aus.

**Personenfreizügigkeit brachte mehr Zuwanderung**

Tatsächlich ist der Kanton Zürich von 1990 bis 2022 von 1,154 Millionen auf 1,577 Millionen Einwohner angewachsen. In seiner Antwort auf die Anfrage des SVP-Kantonsrats Daniel Wäfler vom 24. Mai 2023 zur starken Zuwanderung gibt der Regierungsrat zu Protokoll: «Die Zahlen zeigen, dass das Bevölkerungswachstum in erster Linie und besonders seit Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU durch den positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland zustande kommt.» Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit wandern im Schnitt jedes Jahr 14 290 Personen aus dem Ausland in den Kanton Zürich zu. Vor der Personenfreizügigkeit waren es nur 6 575 Personen jährlich. Das bedeutet, dass der Kanton Zürich Jahr für Jahr zusätzlich zu den ohnehin erwarteten wirtschaftlichen Bedürfnissen über 5 400 Wohnungen, 90 Lehrer und 270 Pflegekräfte für die Zuwanderung sicherstellen muss. Es ist mittlerweile allgemein bekannt, dass es schwer ist, dieses zusätzliche Fachpersonal zu rekrutieren.

strände im Sommer sind überfüllt. Die Erkenntnis ist klar: Der Fachkräftemangel ist hausgemacht. Ich kenne keine wissenschaftliche Studie, die besagt, dass Zuwanderung einen Fachkräftemangel beheben kann. Im Gegenteil, Zuwanderung heizt die Konjunktur weiter an. Fachkräfte sind generell eine knappe Ressource, besonders in Zeiten der Hochkonjunktur.

**Nur wenige Einwanderer sind Fachkräfte**

Trotz eines Anstiegs von 1,3 Millionen Personen und einer Verdoppelung der Grenzgänger auf über 350 000 haben wir heute viermal mehr offene Stellen. Der renommierte Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann bringt es auf den Punkt: «Man holt mehr Leute, als man effektiv braucht.» Eine Studie des Zürcher Amtes für Wirtschaft und Arbeit

«Somit ist nur einer von zehn Einwanderern eine sogenannte Fachkraft.»

**Zuwanderung verschärft Fachkräftemangel**

Es überrascht daher nicht, dass erst kürzlich veröffentlicht wurde, dass die Schweiz eine Migrationsquote von 40 % aufweist und laut Bildungsdirektion nur noch 55,8 % der Schüler in der Primarschule Deutsch als Erstsprache haben. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass 44 % der Lehrer zur Bewältigung der Migration angestellt sind. Obwohl im Kanton Zürich noch nie so viele Lehrer beschäftigt waren, haben wir einen chronischen Lehrermangel. Es ist keine subjektive Meinung, sondern eine klare Tatsache: Züge sind zu Stosszeiten überfüllt, Strassen sind verstopft und Bade-

aus dem Jahr 2016 unter Regierungsrat Ernst Stocker zeigt, dass im Schweizer Durchschnitt nur gerade 19,8 % der Einwanderer in Mangelberufen arbeiten. Die Rechnung ist schnell gemacht. Im Schnitt sind nur gerade 50 % der Einwanderer erwerbstätig, davon sind also lediglich 20 % Fachkräfte.

Fortsetzung auf Seite 2



**Tobias Weidmann**  
Fraktionspräsident SVP  
Hettlingen

**JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT**

**DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE**

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

[neutralitaet-ja.ch](http://neutralitaet-ja.ch)

**Weihnachtspause!**

Die letzte Ausgabe des Zürcher Boten im Jahr 2023 erscheint am 22. Dezember.

Im neuen Jahr sind wir ab dem 12. Januar wieder für Sie da!





Christoph  
Mörgeli

## Es lebe der Uno-Neutralitätstag!

Trotz kriegerischen Zeiten ist die Aktie Neutralität deutlich unterbewertet. Das gilt für die nationale wie für die internationale Ebene. So übersehen die neutralitätsmüden Bundesräte, Parlamentarier und Diplomaten geflissentlich den kommenden 12. Dezember. Dabei würde es sich gerade für die Schweiz um ein besonders wichtiges Datum handeln. Jedes Jahr begeht die Welt am 12. Dezember nämlich den Internationalen Tag der Neutralität.

Wie kam es dazu? Am 2. Februar 2017 hat die Uno-Generalversammlung beschlossen, jeweils am 12. Dezember des Werts der Neutralität für eine friedlichere Welt zu gedenken. War es die formell noch immer dauernd bewaffnete, immerwährend neutrale Schweiz, die diesen Antrag eingebracht hat? Schön wär's. Nein, es war die ehemalige Sowjetrepublik Turkmenistan. Eine klare Mehrheit von etwa 120 Staaten unterstützte das Begehren. Und zwar mit der bemerkenswerten Erklärung, «dass die nationale Neutralitätspolitik einiger Staaten zur Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen und eine wichtige Rolle bei der Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen den Ländern der Welt spielen kann.» Ganz besonders heben die Vereinten Nationen jene sechs Länder hervor, die durch ihr Vorbild der Neutralität zu «internationalen Frieden und Sicherheit» beigetragen hätten. Genannt wird unter anderen auch die Schweiz. Nur will man hierzulande davon nichts wissen, obwohl unser Land eigentlich Uno-Mitglied ist. Doch am 12. Dezember werden SRG und Parlament den Neutralitätstag mit Totschweigen abstrafen. Der «Deutschlandfunk» spottet über diesen Uno-Tag der Neutralität: Man könne an den entsprechenden Feierlichkeiten ja weisse Fahnen schwenken, Lieder mit nichts als Pausen absingen, wobei die Herren «Adamskostüm», die Damen ein «Nichts von einem Kleid» tragen sollten. Servieren solle man «pH-neutrales Wasser ohne Kohlensäure» und zum Essen «Windbeutel». Nur gibt es in der Schweiz gar keine Windbeutel. In Deutschland aber umso mehr. Die meisten von ihnen sitzen in der Regierung.

Fortsetzung von Seite 1

Somit ist nur einer von zehn Einwanderern eine sogenannte Fachkraft. Im Gegenzug schaffen neun von zehn Einwanderern eine Nachfrage nach weiteren Fachkräften. Diese Kluft zwischen Angebot und Nachfrage nach Fachkräften wird im Laufe der Zeit immer grösser.

### Hohe Dunkelziffer bei Arbeitslosigkeit

Die Leidtragenden sind letztendlich die eigenen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die Generation 50+, die von der Zuwanderung nicht profitiert, sondern dafür bezahlt. Die offiziellen Ar-

beitslosenzahlen haben wenig mit der Realität zu tun. Die Arbeitslosenquote erfasst nur Personen, die beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum, kurz RAV, als arbeitslos registriert sind. Viele, die auf der Suche nach Arbeit sind, fallen daher durch das Raster. Darüber hinaus gibt es Tausende von Menschen in der Schweiz, die gerne mehr arbeiten würden: temporär Angestellte, Personen, die im Stundenlohn oder Teilzeit arbeiten. Auch Frauen, die nach der Mutterschaftspause in die Arbeitswelt zurückkehren möchten, werden in der Arbeitslosenquote nicht erfasst. Wenn man all diese Faktoren berücksichtigt, ergibt sich eine sogenannte Arbeitsmangelquote, die im Herbst 2023

bei 8,7% liegt. Es ist erschreckend, immer wieder zu hören, wie brutal es ist, ständig von Arbeitskräftemangel zu hören, aber gleichzeitig keinen Job zu finden. Die Erwerbslosigkeit ist seit der Einführung der Personenfreizügigkeit gestiegen und lag zeitweise bei über 5%.

### Einheimische haben Priorität

Die Menschen verlangen Antworten auf dringende Probleme wie hohe Mieten, teure Krankenkassenprämien und hohe Energiepreise. All diese Themen sind eng mit dem Bevölkerungswachstum und einem breiten anstelle eines tiefen Wirtschaftswachstums verbunden. Wenn wir diese Probleme langfristig lösen wollen, müssen wir auch die Qualität und

Quantität der Zuwanderung diskutieren, anstatt uns jedes Jahr über das Stellenwachstum und steigende Budgets aufzuregen. Es ist an der Zeit, Arbeitskräfte nicht deshalb zu importieren, weil sie genau auf bestimmte Anforderungen der Stelle passen oder günstiger sind. Unsere eigenen Bürgerinnen und Bürger, die ihr Leben lang hart gearbeitet und unser Land aufgebaut haben, dürfen in dieser Lage nicht vergessen werden. Es ist höchste Zeit, die Zuwanderung zu steuern und sicherzustellen, dass die Mittel unseren eigenen Leuten zugutekommen. Unsere Mitbürger benötigen jetzt unsere Unterstützung und dürfen nicht länger vernachlässigt werden.

## BERICHT AUS BERN

### Eine intensive erste Sessionswoche in Bern

In der ersten Woche der Session standen viele soziale Anlässe auf dem Programm. Die Landschaftsinitiative, die zu mehr Bürokratie führen würde, wurde auch dank der SVP abgelehnt. In der nächsten Woche steht die Bundesratswahl auf dem Programm. Die Kandidaten der SP vermochten leider nicht zu überzeugen.



Nina Fehr Düsel  
Nationalrätin SVP  
Küsnacht

Am Montagmittag wurden alle neuen Ratsmitglieder in Bern im Bundeshaus vereidigt. Spannend ist, dass das Durchschnittsalter im Nationalrat 51 Jahre und im Ständerat 57 Jahre beträgt. Die SVP besteht nun aus 67 Mitgliedern im Nationalrat inklusive Lega, EDU und MCG. Die SP als zweitgrösste Partei zählt 50 Mitglieder, die Mitte 44, die FDP 39 und die Grünen 26, während die GLP elf Mitglieder stellt. Von den 200 Mitgliedern sind fast ein Drittel neue Amtsträger. Allein aus Zürich sind es neun neue Nationalratsmitglieder.

### Mehr Cüpli als Politik

Viele hatten bei der Vereidigung Familienmitglieder dabei. Auch musikalisch wurde das Ganze umrandet, und es gab einen Apéro in der Pause. Generell gab es in der ersten Woche fast mehr Apéros als Geschäfte.

Zu Beginn der Wintersession finden auch viele Veranstaltungen der Interessenvertreter statt, sowie natürlich auch viele Veranstaltungen über Mittag oder am Abend. Hier muss man klar auswählen, woran man teilnehmen will, da man von Informationen fast überhäuft wird. Jeden Morgen türmen

sich die Informationsblätter und sogar einzelne Geschenke auf den Ratstischen. Natürlich auch die Abstimmungsaufstellungen. Die Geschäfte lassen sich in verschiedene Kategorien einteilen, von Kategorie A mit höchster Priorität bis C mit geringer Priorität. Erstere werden auch übersetzt und es gibt immer eine Diskussion.

Am Dienstag wurde bereits über die Landschaftsinitiative «gegen die Verbauung der Landschaft» diskutiert, wobei neben Martin Hübscher auch ich ein Votum abgab. Wir plädierten erfolgreich für die Ablehnung der Initiative, da diese zu mehr Bürokratie und höheren Kosten führt. Schliesslich wurden am Dienstagabend auch die Kommissionen zugeteilt, welche für die parlamentarische Arbeit wichtig sind.

### Bundesratswahlen

In der Mitte der Wintersession am 13. Dezember wird es besonders spannend, da dann der neue Bundesrat gewählt wird.

Am Dienstag fanden bei uns in der Fraktionssitzung bereits die Hearings der beiden SP-Kandidaten Jon Pult und Beat Jans statt. Wir stellten sehr viele Fragen, vor allem auch zu ihren zugegebenermassen eher bescheidenen Arbeitserfahrungen.

Beat Jans präsentierte sich besser, aber unser Eindruck von beiden war eher dürftig, gerade auch, weil einer eine Juso-Vergangenheit hat und der andere sich bei den Bauern eher unbeliebt machte.

Lieber wäre uns ein moderaterer Kandidat wie Daniel Jositsch oder Roger Nordmann gewesen. Nächste Woche in der Fraktionssitzung werden wir diskutieren, wie wir als SVP weiterfahren wollen.

### Neue Vorstösse

Am Mittwoch standen verschiedene parlamentarische Initiativen auf dem Programm. Unter anderem gab eine Initiative der linken Frauen zu reden: Aufrufe zu Hass und Gewalt aufgrund des Geschlechts sollen strafbar werden. Barbara Steinemann sprach gut dage-

gen, dass es hier nicht primär ums Geschlecht gehe. Leider war die SVP alleine. Ein Bild, welches ich aus dem Kantonsrat kenne.

Am Mittwochnachmittag fand die Feier des neuen Nationalratspräsidenten Eric Nussbaumer in Basel statt: Eric Nussbaumer von der SP ist neuer Präsident und Maja Riniker von der FDP erste Vizepräsidentin.

Am Donnerstag stand dann das Budget auf dem Programm. Sehr viele neue Eindrücke gab es bereits in der ersten Sessionswoche. Die Ratsdienste sind eine gute Hilfe bei allen Fragen, und natürlich auch die Fraktionsmitglieder.

Nun sind wir gespannt auf die Bundesratswahlen nächste Woche.



Die neugewählten Zürcher Nationalräte. V.l.n.r.: Yvonne Bürgin (Mitte), Martin Hübscher (SVP), Anna Rosenwasser (SP), Alijaj Islam (SP), Erich Vontobel (EDU), Bettina Balmer (FDP), Nina Fehr Düsel (SVP), Patrick Hässig (GLP) und Nicole Barandun (Mitte).

Bild: ZVG

## GEPLANTES WHO-PANDEMIEABKOMMEN

### Der direkten Demokratie entzogen

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verlangt von sämtlichen Mitgliedern, dass sie ein neues Pandemieabkommen sowie neue internationale Gesundheitsvorschriften unterzeichnen. Der Bundesrat spielt die Angelegenheit herunter und lässt das Parlament sowie das Schweizer Volk darüber im Dunkeln.

rw. Neue Tricksereien in Bern: Eine durch Pro Schweiz in Auftrag gegebene Studie zeigt klar, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung den sofortigen Abbruch der Verhandlungen mit der WHO unterstützt. Zudem will die Mehrheit für die schweizerische Gesundheitspolitik eine souveräne und eigenständige Zuständigkeit.

### Verhandlungen abbrechen

Das heisst konkret: Die Einmischung einer fremden, demokratisch nicht legitimierten Behörde wie der WHO wird klar abgelehnt. In der Wintersession wurden dazu verschiedene klar formulierte Vorstösse eingereicht.

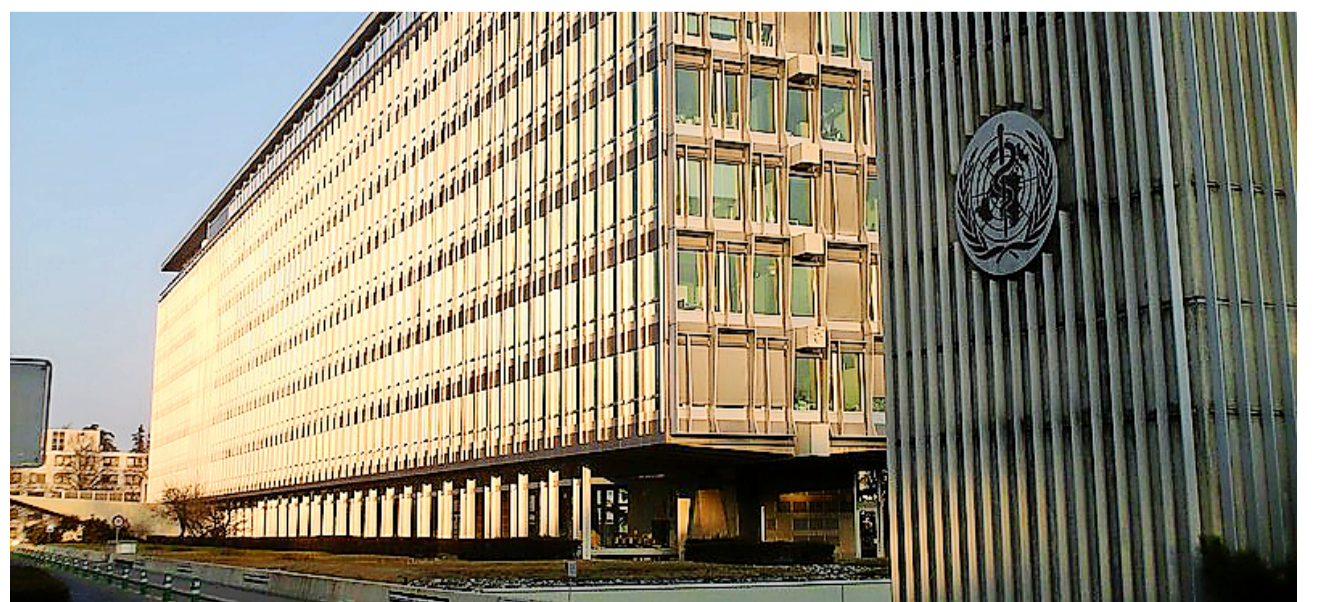
Der Bundesrat wird beauftragt, sämtliche Verhandlungen mit der WHO sofort zu unterbrechen und keine neuen Verträge oder Dokumente mit der WHO und ihren Partnerorganisationen zu unterzeichnen, bis er grünes Licht vom National- und Ständerat erhält. Zu diesem Zweck stellt der Bundesrat sicher, dass die Bundesversammlung wie auch

die Öffentlichkeit vollständig und transparent über den Stand sämtlicher Verhandlungen mit der WHO informiert werden.

### Ohne ausländischen Zwang

Die Schweiz soll bei Pandemien und Epidemien souverän und ohne ausländischen Zwang entscheiden. Der Bun-

desrat wird mit einer weiteren Motion beauftragt, das Epidemiengesetz (EpG) dahingehend zu ändern. Es darf keine Druckversuche der WHO mehr geben. Die Absicht des Bundesrates, das Land unter das WHO-Diktat zu führen, soll weiter entlarvt und bekämpft werden.



Die Zentrale der WHO in Genf.

Bild: Wikipedia



AUS DEM KANTONS RAT

## Neue Gesichter, alte Diskussionen

Die Kantonsratssitzung vom vergangenen Montag war geprägt vom Eintritt von gleich fünf neuen Ratsmitgliedern. Auch in der SVP-Fraktion durften wir drei neue Kollegen begrüßen – darunter zwei neue und ein altbekanntes Gesicht.



**Ueli Bamert**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Den 24. März 2019 hat Tumasch Mischol, Hombrechtikon, nicht in guter Erinnerung: An diesem Tag verpasste er nämlich die Wiederwahl in den Kantonsrat, dem er seit November 2015 angehört hatte. Nun rutscht Tumasch nach viereinhalbjähriger Zwangspause für die in den Nationalrat gewählte Nina Fehr Düsel wieder in den Kantonsrat nach. Welcome back! Weiter durften wir die Elgger Gemeindepräsidentin Ruth Büchi-Vögeli sowie EDU-Vertreter Roger Cadonau aus Wetzikon neu in unserer Fraktion begrüßen: Sie rutschen für die nach Bern beorderten Martin Hübscher und Erich Vontobel in den Kantonsrat nach. Auch bei der FDP und der Mitte wurden aufgrund der Nationalratswahlen Sitze frei. Claudio Zihlmann (34, FDP) und Tina Deplazes (27, Mitte) sorgen in ihren jeweiligen Fraktionen für eine Verjüngung. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

### Misstöne bei EKZ-Wahl

Eine andere Personalie sorgte danach überraschend für Misstöne: Die FDP

nominierte Markus Ernst, Gemeindepräsident von Küsnacht, für die Wahl in den EKZ-Verwaltungsrat. Derartige Wahlen sind im Kantonsrat in aller Regel reine Formsache – am Montag sorgte aber ausgerechnet die Mitte für Misstöne, indem sie am FDP-Kandidaten rumnörgelte: Er sitze noch in Verwaltungsräten von anderen Firmen, die je nach Konstellation mit der EKZ in Konkurrenz geraten könnten.

Ein Vorbehalt, den der Fraktionschef der FDP rasch auszuräumen wusste. Am Ende wurde der Kandidat doch noch ohne Gegenstimme gewählt und das Störmanöver der Mitte unter dem Motto «schön, haben wir darüber geredet» abgehakt.

### Steuergesetz: marginale, aber wichtige Anpassungen

Für alle, die sich jetzt wundern: Ja, es wurde an diesem Montag auch noch richtig politisiert. In einem eher trockenen Geschäft ging es um eine Änderung des Steuergesetzes, konkret um die Übernahme von Bundesrecht ins kantonale Recht.

Die beiden Änderungsanträge, bei welchen die SVP mitgearbeitet hat, wurden einstimmig angenommen. Dabei ging es um den fairen Kostenverteiler zwischen Gemeinde und Kanton beim Einführen einheitlicher Software und um die Streichung eines Absatzes, welcher den automatischen Datenbezug

des Steueramts bei der Arbeitslosenkasse vorsah. Dass diesem letzten Antrag auch die Linke zugestimmt hat, kommt laut unserem Sprecher Patrick Walder einem fast schon historischen Paradigmenwechsel gleich, denn erstmals akzeptiere die SP damit das grundlegende Vertrauensverhältnis zwischen dem Bürger und dem Staat in Steuerfragen.

Man sieht, auch auf der linken Seite kann man klüger werden.

### Sparen: Fehlanzeige

Nach der Pause widmete sich das Kantonsparlament dann noch einem Objektkredit für den Neubau der Berufsfachschule Winterthur – wobei es einen Sparantrag der FDP um 3,75 Mio. bedauerlicherweise ablehnte – und schrieb zwei Postulate ab, einmal zur Deponie Tägernauer Holz und einmal zum geplanten Atommüll-Endlager in der Gemeinde Stadel.

Mehr dazu lesen Sie gleich nebenan im Kommentar meines Kollegen Urs Wegmann. Zu guter Letzt schnitt der Kantonsrat noch das Thema Kreislaufwirtschaft an, zu dem die Grünen einen ganzen Schwall an Vorstössen eingereicht hatten.

Der Schreibende höchstselbst liess es sich nicht nehmen, der Gegenseite in seinem Votum wieder einmal vorzuwerfen, sie produziere mit ihren Vorstössen vor allem eines: heisse Luft.



Neu in der SVP-Kantonsratsfraktion: Tumasch Mischol, Ruth Büchi-Vögeli und Roger Cadonau.

Bilder: Parlamentsdienste

### WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

## Durchatmen, aber nicht ausruhen

Liebe SVP-Familie, ein intensives Jahr mit kantonalen und nationalen Wahlen geht in einigen Tagen bereits zu Ende. Wir haben alle gemeinsam viel dafür unternommen, dass das Wahljahr grundsätzlich positiv betrachtet werden kann. Natürlich schmerzt es noch immer, dass wir bei den nationalen Wahlen im Herbst unsere Ziele nicht erreichen und keine zusätzlichen Sitze im Nationalrat mit SVP-Vertretern besetzen konnten. Es gelang uns auch nicht, einen Zürcher SVP-Ständeratskandidaten in die kleine Kammer zu hieven. Doch haben wir – wenn auch moderat – zugelegt und sind klar die stärkste Partei im wichtigsten Kanton der Schweiz. Ohne Ihre Hilfe und Unterstützung wären diese Leistungen nicht möglich gewesen. Als Parteisekretär danke ich herzlich für Ihr Engagement im gesamten Wahljahr 2023.

Diese Wahlen sind vorbei, die detaillierten Analysen sind gemacht und die Erkenntnisse gezogen. Dies ermöglicht es uns, für die kommenden Wahlen die richtigen Schritte einzuleiten. Jetzt gilt es, unsere Parteiar-

beit zu verbessern und vorwärtszuschauen. Kämpfen wir mit vollem Engagement weiter für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Jetzt können wir alle durchatmen und wieder Kräfte sammeln für die nächsten Herausforderungen. Aber ausruhen können wir uns deswegen nicht. Bereits am 3. März wird die Stimmbevölkerung über die nächsten Vorlagen abstimmen, und diese gilt es im Sinne der Zürcher SVP, wie auch auf nationaler Ebene, zu gewinnen. Mit der Anti-Chaoten-Initiative (Parole: 2 x JA) und der Uferinitiative (NEIN-Parole) sowie der Pistenverlängerung (JA-Parole) stehen gewichtige Abstimmungen für den Kanton Zürich an.

Aber auch die beiden eidgenössischen Initiativen für eine 13. AHV-Rente und die Renteninitiative werden Weichen stellen, die uns stark beeinflussen werden.

Die noch notwendigen Parolenfassungen finden anlässlich der Delegiertenversammlung vom 11. Januar 2024 im Bezirk Andelfingen statt. Für diese und weitere Abstimmungen sind wir nur schlagkräftig, wenn wir nun die

vorweihnachtlichen Stunden und Tage dafür nutzen, unsere Batterien aufzuladen. Aber bereits direkt nach dem Jahreswechsel haben wir schon wieder viel vor. Die Stimmbevölkerung soll uns vermehrt wahrnehmen und erkennen, dass vor allem die Zürcher SVP sich der wichtigen Anliegen annimmt.

Jetzt gilt es aber wirklich, eine kurze Zeit innezuhalten und Kräfte zu sammeln.

Geniessen Sie mit Ihren Familienangehörigen eine besinnliche Vorweihnachtszeit, schöne Feiertage und einen unvergesslichen Jahreswechsel.

Ich wünsche Ihnen herzlich das Beste und freue mich, dass ich auch nächstes Jahr wieder auf Sie zählen kann.



von  
**Marco Calzimglia**

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Postulate zur Deponie Tägernauer Holz und zum Tiefenlager abgeschrieben



**Urs Wegmann**  
Kantonsrat SVP  
Neftenbach

Ganze 18 Traktanden konnten am letzten Montag im Kantonsrat abgehandelt werden. Die fünf frisch vereidigten Kantonsräte, welche wegen Rücktritten aufgrund der Nationalratswahlen nachrückten konnten, sollten sich jedoch nicht an dieses Tempo gewöhnen. Zwei dringliche Postulate wurden zwar abgeschrieben, aber nicht diskussionslos. Zum einen ging es um die Deponie Tägernauer Holz zwischen Grüningen und Gossau. Die Region ist bereits mit vielen Kiesgruben und Deponien «gesegnet», davon gleich drei in derselben Gemeinde. Der lokale Widerstand ist verständlicherweise gross.

Die 2019 beschlossene Festsetzung mit erweitertem Volumen wurde 2021 aus formellen Gründen zwar gerichtlich aufgehoben, damit fiel der Standort aber lediglich auf die weiterhin gültige Festsetzung mit 750 000 m<sup>3</sup> aus dem Jahr 2009 zurück. Der Regierungsrat wird den Gestaltungsplan zwar bereits prüfen, will aber mit der öffentlichen Auflage und der Festsetzung zuwarten, bis der Bedarf und die Eignung des Standorts mit der

aktualisierten Abfallplanung gegeben sind. Damit ist die wesentliche Forderung der Postulanten zwar erfüllt. Allerdings besteht wenig Hoffnung, dass der Kanton mit der für 2024 erwarteten Abfallplanung keinen Bedarf mehr für diese Deponie ausweisen wird.

Im dringlichen Postulat zum Tiefenlager für Atommüll wurde eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung gefordert. Auf Antrag der zuständigen Kommission wurde auch dieses Postulat als erledigt abgeschrieben. Der Kanton hat die nötigen Instrumente zur Unterstützung der betroffenen Gemeinden eingerichtet. Die Expertengruppe Geologische Tiefenlagerung (EGT) besteht aus acht unabhängigen, international anerkannten Fachleuten aus Forschung und Privatwirtschaft. Der Bund wird zusätzlich ein internationales Expertenteam der Nuclear Energy Agency (NEA) zur Stellungnahme des Sicherheitsberichts hinzuziehen.

Bedauerlicherweise gibt es nur sehr wenige ausgewiesene Fachleute und Arbeitgeber in diesem Bereich. Dass sich diese Experten untereinander kennen oder schon zusammengearbeitet haben, lässt sich daher nicht vermeiden. Unabhängigere Experten – und es sei angemerkt, dass sich jeder Experte nennen darf – liessen sich womöglich finden. Aber ohne das nötige Fachwissen bringen diese keinerlei Nutzen.



Die Gegner der Deponie Tägernauer Holz machen immer wieder mit Aktionen, wie hier im Jahr 2018, auf ihr Anliegen aufmerksam. Bild: DepoNie Facebook-Seite

Kantonsrat  
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht ein

### vollamtliches Mitglied für das Sozialversicherungsgericht (SVP)

für den Rest der Amtsdauer 2019-2025

Das Sozialversicherungsgericht ist ein oberstes kantonales Gericht und als einzige kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig für die Behandlung von Beschwerden und Klagen in den Bereichen der Sozialversicherung, so insbesondere der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Alters- und Hinterlassenenversicherung, der Krankenversicherung und der beruflichen Vorsorge.

Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse im Verwaltungsverfahrensrecht und durch Praxis oder wissenschaftliche Tätigkeit erworbene Spezialkenntnisse in den wichtigsten Teilgebieten des Sozialversicherungsrechts.
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht oder gleichwertige Qualifikationen
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldung der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Sozialversicherungsgerichts vom 3. Januar 1994 (LS 212.63).

Umfassende Informationen zum Sozialversicherungsgericht finden Sie im Internet unter <http://www.sozialversicherungsgericht.zh.ch>. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, lic.iur. Katrin Meyer, unter Tel. 043 259 20 67 (Mo, Di und Do).

**Interessiert?**  
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **5. Januar 2024**.



## WIDERSTAND FRÜH ANMELDEN

## Kampf gegen immer mehr Asylunterkünfte

Landauf, landab werden in diesen Tagen die Gemeindebudgets festgesetzt. Vielfach sind auch neue Ausgaben für Asylmassnahmen geplant. Die Gemeinden werden mit den Zuteilungen regelrecht überrannt. Es ist frühzeitig Widerstand notwendig.



**Reinhard Wegelin**  
Alt Parteisekretär  
Pfäffikon ZH

Vergangenen Montag wurde an der Gemeindeversammlung in Neerach im Kanton Zürich über das Gemeindebudget befunden. Die Gemeinde verlangte in der Investitionsrechnung 150 000 Franken für die Umnutzung eines Pavillons in Asylunterkünfte.

## Beispiel Neerach

Der SVP-Antrag wurde mit 77 Ja- gegen 78 Nein-Stimmen denkbar knapp abgelehnt. Allerdings gab es 41 Enthaltungen. Die Asylpolitik und die Zuwanderung bewegen nach wie vor die Gemüter. Die Gemeinden müssen die Politik von oben umsetzen. So ist es in der Demokratie vorgesehen.

## Zu besseren Lösungen zwingen

Nur stimmt man eben über ein Budget ab, das Investitionen enthält. Es ist den Stimmbürgern unbenommen, das abzulehnen. Irgendwann wird bei einer erfolgten Ablehnung die Gemeinde eine neue, bessere Lösung präsentieren müssen. Aber Zeit ist gewonnen. Das Ganze kann dann nur verzögert umgesetzt werden. Die SVP Neerach hat mit ihrem Antrag knapp nicht Erfolg gehabt. Aber es ist wichtig, dass sie ihn gestellt hat. Man sieht auch hier: Nur die SVP ist bei einem so die Bevölkerung beschäftigenden Thema aktiv.

## Gemeinden werden allein gelassen

Der Kanton Zürich hat wegen der hohen Flüchtlingszahlen seine Asylquote auf 1,3 Prozent erhöht. Das heisst: Jede Zürcher Gemeinde nimmt jetzt schon pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner neun Asylbewerber bei sich auf. In Zukunft sollen es 13 «schutzbedürftige Personen» sein.

## Andere Zuwanderungspolitik

Es gibt kaum Möglichkeiten, Flüchtlinge unterzubringen. Die Kündigung von privaten Wohnungen Einheimischer kann und darf keine Lösung sein. Wenn keine Plätze verfügbar seien, müssten die Gemeinden Container oder Zivilschutzanlagen bereitstellen. Auch die Umnutzung von Gewerberäumen muss

überlegt werden. Wichtig bleibt auch hier, dass die Gemeinden sich auf die Hinterbeine stellen, keine Luxuslösungen anstreben und immer wieder deutlich machen, dass die Lösung des Problems eine andere Zuwanderungspolitik ist.

## Ortssektionen sind gefragt

Asylpolitik ist natürlich Sache des Bundes. Aber umgesetzt wird sie weiter unten.

Es ist eine wichtige Aufgabe der SVP-Ortssektionen, den Unmut der Bevölkerung zu kanalisieren und mit vernünftigen Anträgen Zeit zu gewinnen für bessere Lösungen. Politik ist manchmal ein mühsames Geschäft. Aber es lohnt sich.



Die Unterbringung von Asylbewerbern ist für die Gemeinden eine Herausforderung.

Bild: Adobe Stock

## ABSURDE GEBÜHREN

## Angehörige von Personen mit Beeinträchtigungen nicht finanziell bestrafen

Heute müssen Angehörige, die Personen mit geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen betreuen, zweijährlich einen Bericht abliefern und dafür auch noch Verfahrensgebühren bezahlen. Eine SVP-Motion wollte, dass sich das ändert. Leider scheiterte sie knapp. Doch damit ist die Forderung nicht vom Tisch.



**René Isler**  
Kantonsrat SVP  
Winterthur

Meine Motion «Keine Verfahrensgebühren bei privaten Beistandschaften für Personen innerhalb Familien im selben Haushalt» (KR-Nr. 436/2023) wollte den Regierungsrat damit beauftragen, das Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR) vom 25. Juni 2012 dahingehend zu ändern, dass Eltern oder Kinder, die Familienangehörige im selben Haushalt privat betreuen, von den Verfahrensgebühren befreit werden. Leider wurde sie letzte Woche nur wegen des Stichentscheids der linken Ratspräsidentin nicht überwiesen.

## Gesundheit ist nicht selbstverständlich

Es ist nicht selbstverständlich, dass wir jeden Tag ohne fremde Hilfe aufstehen und uns ankleiden dürfen. Es ist auch nicht selbstverständlich, dass wir täglich einer Arbeit nachgehen dürfen, die uns weitgehend befriedigt und uns vor allem ein mehr oder weniger gesichertes Einkommen beschert, ohne dass wir auf fremde Ergänzungsleistungen oder Unterstützung angewiesen sind.

Dieses Selbstverständnis ist leider für ganz viele Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung nicht gegeben. Im Gegenteil. Eltern oder Familienangehörige, welche sich zeitlebens für ein oder mehrere Familien-

angehörige mit aller Energie und Fürsorge aufopfern, bleiben – trotz stetigen anderslautenden Lippenbekenntnissen – immer aussen vor!

## Angehörige, die sich engagieren, werden zur Kasse gebeten

Heute ist so, dass gemäss §18 Abs. 1 des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESR) alle privaten Beistände verpflichtet sind, alle zwei Jahre einen ausführlichen Bericht von gut elf Seiten mit allen geforderten Unterlagen der KESB einzureichen. Da lässt man sprichwörtlich die Hosen runter. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die KESB für diesen staatlich aufgezwungenen Prüfbereich Familienangehörigen, welche eine Beistandschaft für ihr Kind oder einen

Elternteil übernehmen, Verfahrensgebühren auferlegt. Man muss sich das einmal vorstellen. Da betreuen sie ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr eines ihrer Kinder mit einer Beeinträchtigung, so wie das mil-lionenfach auch andere Eltern mit sogenannten gesunden Kindern tun. Und dann, ab dem 18. Lebensjahr ist plötzlich nichts mehr so, wie es war. Dann kommt die staatliche Dampfwalze in Form der KESB und schlägt oft einen Stahlkeil zwischen Eltern und dem nun staatlich überwachten und bevormundeten Jugendlichen. So geht das nicht! Ich habe nun in dieser Sache gleich eine parlamentarische Initiative nachgeschoben, welche von SVP, FDP, die Mitte und der EVP unterstützt wird.



Gesundheit ist nicht selbstverständlich.

Bild: pexels.com

## SVP NEFTENBACH

## SVP am Adventsmarkt

Eisige Temperaturen, aber prächtiges Wetter und eine wunderbar weiss gepuderte Landschaft bildeten beste Rahmenbedingungen für einen sehr gut besuchten Adventsmarkt in Neftenbach. Die SVP Neftenbach verführte die Besucher mit Punsch, Kafi mit und ohne Güggs und Biberli dazu, für ange-

regte Gespräche stehenzubleiben und wohlwollend die vorgelegten Unterschriftenbögen der «Stopp Prämien Schock», der Neutralitäts- und der Nachhaltigkeitinitiative zu unterschreiben.

Urs Wegmann, Vize-Sektionspräsident SVP Neftenbach



KR Urs Wegmann und Sektionspräsident Mike Staub.

Bild: ZVG

**Albigüetli-Tagung SVP**  
Die grösste politische Veranstaltung der Schweiz

**19. Januar 2024**  
nur noch wenige Plätze frei!

**36. Albigüetli-Tagung**  
Melden Sie sich an! Infos:

Möchten Sie die Albigüetli-Tagung finanziell unterstützen?  
IBAN CH32 0900 0000 8762 7681 2  
SVP Kanton Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf  
Vielen Dank für Ihren Beitrag!

Kantonsrat Zürich | Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

**drei Ersatzmitglieder für das Obergericht (SVP, SP, GLP)**

für den Rest der Amtsdauer 2019-2025

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

Für diese Tätigkeit bringen Sie mit:

- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmberichtigung im Kanton Zürich
- Einwandfreier Leumund

Die Sitze werden von den Fraktionen der SVP, SP und GLP beansprucht. Die Besetzung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besetzung der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1999 (LS 212.53).

Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie unter <http://www.gericht-zh.ch/organisation/obergericht.html>. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, i.c. iur. Katrin Meyer, unter 043 259 20 67 (Mo, Di und Do).

Interessiert?  
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum 5. Januar 2024.

## Chlausmät 2023 Affoltern am Albis



Die SVP Affoltern heisst ihre Gäste herzlich willkommen  
am SVP-Stand vor dem Café Casino, Obere Bahnhofstrasse 8  
Samstag 9. Dezember 17:00 bis 22:00 Uhr  
Sonntag, 10. Dezember, 10:00 bis 17:00 Uhr  
Ein Besuch lohnt sich!



GESUNDHEITSPOLITIK

# Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich: Woher, wohin?

Das Gesundheitsgesetz wurde seit seiner Einführung vielfach angepasst. Aktuell steht eine Entlastung des Notfalls im Zentrum, der insbesondere von der ausländischen Bevölkerung stark beansprucht wird. Eine zentrale Triage-Stelle soll das Problem richten.



**Lorenz Habicher**  
Kantonsrat SVP  
Zürich Kreis 9

Das Gesundheitsgesetz (GesG LS810.1) vom 2. April 2007 ist ein relativ junges Gesetz und wie in der modernen Gesetzgebung üblich, werden regelmässige Anpassungen nötig. Solche Änderungen werden in den meisten Fällen von eifrigen Politikern und etwas seltener von Volksinitiativen angestossen. Eine Totalrevision des kantonalen Gesundheitsgesetzes ist für das Jahr 2027, also knapp 20 Jahre nach Inkrafttreten im Jahr 2008, vorgesehen. In diesem Zeitraum werden circa 30 kleinere und grössere Änderungen ins GesG eingeflossen sein.

### Inhalt des Gesetzes

Das Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich umfasst sieben Teile, von der Einleitung mit Zweck und Zuständigkeit über die Berufe im Gesundheitswesen, die Gesundheitsinstitutionen, Gesundheitsförderung und Prävention bis zum Bestattungswesen und den Schlussbestimmungen. Dieses Gesetz bildet eine der gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeiten des neu geschaffenen Amtes für Gesundheit der Gesundheitsdirektion (GD) von SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli. Das Amt für Gesundheit nimmt zwei grundsätzliche Aufgaben wahr:

- A1: Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung
- A2: Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen

Mit der Neufassung des Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetzes (SPFG) wurde die Aufgabe A1 auf eine zeitgemässe Grundlage gestellt.

### Umsetzung der Pflegeinitiative verzögert sich

Mit der anstehenden Umsetzung der eidgenössischen Pflegeinitiative werden weitere Anpassungen nötig. Hier warten alle Kantone auf den Bund, der die Grundlagen dazu verabschieden müsste. Der abtretende SP-Bundesrat Berset sieht sich aber lieber an repräsentativen Anlässen im In- und Ausland, statt an der tatkräftigen Umsetzung des Volkswillens zu arbeiten. Es ist erschreckend, wie die SP den Erfolg der Pflegeinitiative für sich verbucht, die siegreiche «Bundeslösung» aber nicht aus den bürokratischen Startlöchern der linken Genossen kommt. Der im Abstimmungskampf zur Pflegeinitiative verhöhte, von Linksrün als unzulänglich dargestellte, abgelehnte Gegenschlag wird heute als einzig brauchbarer Teil aus der Volksinitiative umgesetzt.

### Visionen ohne Realitätsbezug

Für die SVP-Fraktion gibt es hier noch viel Arbeit und es besteht auch in diesem Bereich viel Aufklärungsbedarf. In der Politik gibt es zwei typische Erscheinungen.

Die stillen Schaffer und die lauten Heuler! In der Gesundheitspolitik heulen zurzeit die linken Gewerkschafter mit ihren überrissenen Forderungen und einem schädlichen Umverteilsdrang. Berufspolitikerinnen ohne jegliche Berufserfahrung fordern nicht nur bessere Arbeitsbedingungen für alle, sondern auch höhere Prämienverbilligungen (IPV).

Wie sie ihre politischen Visionen finanzieren wollen, wissen sie nicht, aber eines ist sicher: «Die Wohlhabenden» müssen zwingend mehr beitragen respektive bezahlen.

### Individuum ist für Gesundheit verantwortlich

Die zuständige Gesundheitsdirektion muss also das Gesundheitsgesetz umsetzen und für den Schutz und die Förderung der menschlichen Gesundheit in ihren biologischen, psychologischen und sozialen Dimensionen sorgen. Die dafür nötigen Massnahmen des Kantons und der Gemeinden sollen die Eigenverantwortung des Individuums wahren – ein kleiner gesetzgeberischer Spagat mit weitreichenden Folgen. Ganz im Sinne der SVP und auch als Kostenbremse wird stark auf die Eigenverantwortung des Individuums fokussiert. Die Maxime für eine gesunde Bevölkerung liegt also bei der Eigenverantwortung und nicht beim Staat. Jeder Einzelne kann also selbst zu tieferen Gesundheitskosten und somit zu tieferen Krankenkassenprämien beitragen. Der grösste Hebel, in Bezug auf die steigenden Gesundheitskosten, liegt also in den Händen der Bevölkerung.

### «Hauruck»-Lösung beim Notfalldienst

Im zweiten Teil des Gesundheitsgesetzes, unter den allgemeinen Bestimmungen, wird auch im §17 der Notfalldienst gesetzlich geregelt. Notfall – es schrillen die Alarmglocken, eine Ausnahme-situation, die sofortige Massnahmen erfordert. Die Gesundheitsversorgung muss im ganzen Kanton Zürich immer gewährleistet sein, und dazu gehört auch der Notfalldienst. Eine Änderung des Gesundheitsgesetzes und die damit verbundene Neugestaltung des Notfalldienstes inklusive Errichtung einer zentralen Triage-Stelle erfolgte Ende 2017 unter enormem Zeitdruck. Aus heutiger Sicht ein politischer Unfall der Ära Thomas Heiniger (FDP). Es stimmt, zu diesem Zeitpunkt war die Notfallversorgung von 30 Gemeinden im Kanton Zürich bedroht und aus diesem Grund wurde die Gesundheitsdirektion zum Handeln gezwungen. Die damalige, getroffene «Hauruck» Lösung war zum einen viel zu teuer und zum anderen sollte sie den Zürcher Kantonsrat noch bis ins Jahr 2022 beschäftigen.

### Ausländer belasten Notfallinfrastruktur

Ja, alles rund um den medizinischen Notfall ist kostenintensiv, aber nicht alles ist ein medizinischer Notfall. Hier kann eine gut informierte und selbständige Bevölkerung, mit einem korrekten Verhalten, grosse Einsparungen erzielen.

Die einheimische Schweizer Bevölkerung kennt das Hausarztprinzip und bei Beschwerden oder einer Erkrankung verhält sie sich in der Regel immer gleich. Zuerst das Hausmittelchen, dann

der Gang in die Drogerie oder Apotheke, und wenn das nicht hilft, wird der Hausarzt aufgesucht. Aus staatlicher Sicht, wenn wirklich nicht zu lange zugewartet wird, eine kostengünstige Lösung. Die Krankenversicherung dankt es mit einer tiefen Prämie.

Leider ist dies nicht mehr der Normalfall. Infolge der starken Zuwanderung kennen immer mehr und grössere Bevölkerungsschichten dieses Prinzip nicht mehr. Kaum verwunderlich, sind doch in den Ursprungsländern Ärzte oftmals ausschliesslich in den Spitälern zu finden. Somit bedingt das Bevölkerungswachstum nicht nur mehr Ärzte und Spitalinfrastruktur, sondern die Notaufnahmen der Spitäler werden auch mit nicht dringenden medizinischen Fällen belastet und verstopft.

### Triage-Stelle soll Notfall entlasten

Hier soll die zentrale Triage-Stelle für nicht lebensbedrohliche medizinische Notfälle – und nicht «Doktor Google» – eine deutliche Entlastung der Notaufnahmen bieten. Das Instrument ist einfach und niederschwellig konzipiert, Anruf genügt und es wird Ihnen möglichst sachdienlich geholfen. Wenn das Hausmittelchen nicht weiterhilft und Arzt oder Apotheker nicht erreichbar sind, dann ist diese zentrale Triage-Stelle die Lösung.

Das Ziel ist, bei tiefen Kosten «rund um die Uhr» eine gute medizinische Versorgung ohne das unnötige Aufsuchen der Notaufnahme zu gewährleisten. Aufgrund eines SVP-Mehrheitsantrags wird der Betrieb der Triage-Stelle neu alle zehn Jahre öffentlich ausgeschrieben. Die erste Ausschreibung sollte auf das Jahr 2027 erfolgen. Dabei hat der Notfalldienst drei grundlegende Kriterien zu erfüllen: Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Zweckmässigkeit. Zudem soll die Oberaufsicht über die Organisation beim Kantonsrat festgelegt werden.

Die entsprechende Vernehmlassung der Gesundheitsdirektion zur geforderten Anpassung des Gesundheitsgesetzes (Motion KR-Nr. 150/2019) wurde im November 2023 durchgeführt und die SVP erwartet nun eine Gesetzesvorlage.

Dies nur als ein Beispiel, wie ein zentrales Gesetz mit den Anforderungen der Zeit und einer sich wandelnden Bevölkerung stetig angepasst werden muss. Die SVP bringt sich in Vernehmlassungen, in den zuständigen Kommissionen und im Parlament immer für eine adäquate finanziell tragbare Lösung mit einem Mehrwert für die Bevölkerung ein. Damit unser gutes Gesundheitswesen bezahlbar bleibt, braucht es mehr Eigenverantwortung und mehr SVP!



Die Notfallstationen sind chronisch überlastet.

Bild: Wikipedia

RAHMENABKOMMEN MIT DER EU

# In die Irre geführt



**Christoph Blocher**  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Wie Staatsleute auf höchster Ebene von andern Staatsleuten einseitig informiert werden, konnte ich unlängst beim Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán erfahren. In seinem Vortrag auf Einladung der «Weltwoche» sagte dieser in seiner Zürcher Rede, er werde helfen, dass das institutionelle Abkommen der EU mit der Schweiz zustande komme. Ungarn übernimmt 2024 nämlich turnusgemäss die EU-Ratspräsidentschaft. Ich erschrak.

Später, bei einem Nachtessen in kleinerem Kreis, fragte ich Viktor Orbán: «Warum glauben Sie, dass wir Schweizer diesen institutionellen Rahmenvertrag brauchen?» Er antwortete: «Ich war gestern zu Besuch bei Bundespräsident Berset und Bundesrat Cassis, und beide haben betont, das Land benötige den Vertrag wegen des

Zugangs zum Binnenmarkt.» Und das leuchte ihm – dem ungarischen Ministerpräsidenten – ein.

«Herr Orbán, unsere Familienbetriebe erzielen riesige Umsätze im Export, teilweise über 90 Prozent und zwei Drittel in die EU. Wir haben längst Zugang zum Binnenmarkt. Aber ein Mitglied des Binnenmarktes ist die Schweiz nicht und will es auch nicht werden. Wir wollen in der Schweiz die Zukunft selber bestimmen.» Orbán fragte nach, ob dies denn bei einem Rahmenvertrag nicht mehr möglich sei. Ich bekräftigte: «Natürlich nicht, denn dann würden unsere Bürger um ihre Gesetzgebungskompetenzen gebracht, und die EU würde über alle Stufen der Schweiz durchregieren.» Orbán meinte hierauf, das hätte ihm freilich niemand so erklärt.

Das Beispiel zeigt, wie einseitig fremde Staatsleute von den eigenen Bundesräten informiert werden. Zumindest Ministerpräsident Viktor Orbán aber weiss jetzt: Die Schweizerinnen und Schweizer akzeptieren keinen Vertrag, bei dem sie das Stimmrecht an die Europäische Union abtreten müssen.



Das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU beschäftigt die Politik.

Bild: Neuroflash

BUDESRATSWAHLEN

# Sozialist statt Sozialdemokrat

Geradezu eine Frechheit auf dem SP-Ticket für den frei werdenden SP-Bundesratssitz ist die Kandidatur des ewigen Jungsozialisten Jon Pult. Pult ist ein reiner Antikapitalist, ein Gegner der eigenen (!) Armee. Sein ganzes politisches Leben hat er ein zumindest fragwürdiges Verhältnis zur politischen Gewalt.

Der Kandidat kommt von Linksausens. Da findet offenbar niemand etwas daran, wenn die Juso sich nicht klar vor politischer Gewalt distanzieren. Bei einem SVP-Kandidaten wäre das sicher anders.

Gemäss der Meinung der NZZ wird Pult als Wunschkandidat der SP-Führung angesehen. Vielleicht ist er auch deshalb so gefährlich. Pult ist ein lupenreiner Sozialist, der sozialistische Ideen im Bundesrat einbringen will.

Die alte, bewährte Sozialdemokratie hat damit ausgedient.



Kandidat ohne Format? Bild: Wikipedia

**insidertalk**

**Einladung**

**Wirtschafts- und Staatspolitik**

**"Israel und die Hamas nach dem Massaker vom 7. Oktober 2023 - die neue Realität"**

Moderation:  
Dr. iur. Wolfram Kuoni  
Präsident Wirtschaftskommission SVP Kt. Zürich  
und Dr. Ariel Sergio Davidoff, LL.M.

**Donnerstag, 21.12.2023, 11.45 Uhr - 13.45 Uhr**

Im Linth-Escher Saal des Hotels St. Gotthard  
Bahnhofstr. 87, 8001 Zürich

Der Preis beträgt 100 Franken. No show wird belastet.  
Inklusive: Apéro mit Snacks, Drei-Gang-Menü, Wasser, Wein, Kaffee

Source: Israelische Botschaft, Bern  
www.insidertalk.ch  
Anmeldung mit Einzahlung auf  
I.E. Frau Ifat Reshef  
Israelische Botschafterin für die Schweiz und Liechtenstein  
Vortrag in englischer Sprache.

CH38 0483 5156 0043 5100 1, Rubrik "Insider Talk"  
Credit Suisse, Davidoff Frey Family Office, 8003 Zürich



## Fadegrad



von  
Susanne Brunner

## Stadtzürcher Öko-Arroganz

Wie eine Bombe ist die Meldung im Kanton Zürich eingeschlagen: Das Züri Fäscht ist am Ende! Fertig. Aus. Der Verein Zürcher Volksfeste, die Trägerorganisation des Züri Fäscht, hat bekannt gegeben, dass er sich nicht mehr in der Lage sieht, das Züri Fäscht zu organisieren. Am diesjährigen Fest haben zwei Millionen Besucher teilgenommen. Das Züri Fäscht ist – nein – war das grösste Volksfest der Schweiz.

Wie kann das sein? Ein absoluter Grosse Erfolg wird eingestellt. Das ist unlogisch. Nicht das Fernbleiben der Zürcherinnen und Zürcher, sondern ihre grosse Liebe und wohl auch die der Aargauer, einiger Thurgauer, Schwyzer, Luzerner, Schaffhauser und einiger Glarner, hat dem Fest den Tod gebracht? Die Gründe warum wir das Volksfest verloren haben, sind eine Analyse wert.

Die Organisatoren haben die immer komplexeren Anforderungen, die steigenden Auflagen, welche massive Mehrkosten verursachen, und die sinkende Akzeptanz gegenüber einem grossen Stadtfest als Gründe für ihr Aufgeben genannt. Wir konnten in den letzten Jahren verfolgen, wie das abließ: Im Gemeinderat hat die links-grüne Mehrheit den finanziellen Beitrag der Stadt Zürich an immer mehr Auflagen geknüpft: Verbot der Flugshow, Auflagen beim Abfall, ein Depotsystem bei den Getränken, Mehrweggeschirr beim Essen. An die Herzsclagader des Festes angesetzt haben die Gemeinderäte von Grün und Links mit dem Verbot des Feuerwerks. Da nützte auch die Lobpreisung der langweiligen Drohnenshow durch den «Tages-Anzeiger» nichts: Keine Öko-Gehirnwäsche kann die Liebe der Festbesucher zum grossen Feuerwerk zum Erlöschen bringen.

So hat das immer engere Korsett der Stadtzürcher Politik dem grössten und beliebtesten Volksfest der Schweiz den Todesstoss versetzt. Dabei stünde uns dieses Fest gut an. Als grösste Stadt der Schweiz dürfen wir uns ruhig alle drei Jahre selber feiern! Wir sind doch wer! Wenn wir mit unserem Fest dazu über die Kantons Grenzen hinausstrahlen, so ist das beste Imagepflege gegen den Anti-Zürich-Reflex, der sonst vielerorts verortet wird. Doch damit ist nun Schluss. Stattdessen schwebt Links-Grün ein «kleineres, feineres» Fest vor, ohne die Zürcher Landbevölkerung und ohne Besucher aus anderen Kantonen. Abschottung als Programm. Das Züri Fäscht war ein Fest für alle, für Gross und Klein, für die Landbevölkerung und für die Städter. Ich meine, als Kantonshauptstadt sind wir verpflichtet, offen zu sein für alle. Doch nun sehen wir die Arroganz von Links-Grün in ihrer ganzen Hässlichkeit: Was nicht ihrem Lifestyle und ihren Öko-Massstäben entspricht, wird abgeschafft. Die Stadt Zürich mit Toleranz und Offenheit in Verbindung zu bringen, das war einmal.

## KRIMINALITÄT

## Ausländergewalt habe nichts mit Ausländern zu tun

Migranten sind in der Kriminalstatistik stark übervertreten. In Gefängnissen machen sie sogar über 70 Prozent aus. Ein Höchstwert in Europa. Die Schweizer Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf, alle Fakten zu erfahren. Doch die Linken versuchen hinterlistig, die eskalierte Ausländergewalt zu vertuschen.



Samuel Balsiger  
Gemeinderat und  
Fraktionspräsident SVP  
Zürich

Nichts verändert unsere Schweiz so tiefgreifend wie die masslose Zuwanderung.

Wir wachsen 16-mal schneller als Deutschland. Die Polizeimeldungen sind voll mit kriminellen Ausländern. Darunter sind Messerstecher, Diebe, Mörder oder Vergewaltiger. Deshalb hat das Stimmvolk im Kanton Zürich entschieden: Die Nationalität ist in Polizeimeldungen zu nennen. Doch die Linken wollen den Volkswillen auf hinterlistige Weise aushebeln. Die linksgrün

ne Mehrheit im Stadtparlament hat einen Vorstoss überwiesen, der sich frontal gegen den Volksentscheid richtet. Die Nationalität von kriminellen Ausländern soll in der Stadt Zürich vertuscht werden. Die grüne Stadträtin sagte zum Beispiel, dass die Nationalität und die Religionszugehörigkeit bei einem Verbrechen nie einen Zusammenhang haben.



Ausländer sind bei Gewalttaten stark übervertreten.

Bild: Adobe Stock

### Importierter Terror

Rückblick: 2015 öffneten westeuropäische Politiker die Grenzen und liessen auch islamistische Terroristen nach Europa. Anschliessend gab es Dutzende Terroranschläge mit hunderten Todesopfern. Selbstverständlich spielen bei einem islamistischen Terroranschlag, der von einem Asylanter verübt wurde, Nationalität und Religionszugehörigkeit eine Rolle. Dies sind elementar wichtige Informationen. Nur durch Transparenz kann die Bevölkerung bei den darauffolgenden Wahlen die richtigen Schlüsse ziehen und Fehlentwicklungen korrigieren – bevor es noch weitere Opfer gibt.

### Endlich Sicherheit schaffen

Menschen werden durch das Land, in welchem sie aufwachsen, sozialisiert. Selbst in manchen Teilen von Europa gibt es auch heute noch die Blutrache. Dabei soll die Familienehre durch die Tötung des Kontrahenten wiederhergestellt werden. Wer in einer solchen Umgebung sozialisiert wird, hat einen anderen Bezug zu Gewalt als ein Schweizer. Volle Transparenz schulden wir auch der überwältigenden Mehrheit von anständigen Ausländern, die sich an die Gesetze halten. Die Vertuschungsaktionen der Linken schaden auch diesen Menschen. Zum Wohl von uns allen müssen die kriminellen Ausländer endlich konsequent ausgeschafft werden.

## AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

## Ustermer Regierung: Weder Finanzwissen noch Finanzgewissen

Ein wichtiger Punkt steht am 11. Dezember im Gemeinderat von Uster an: die Verabschiedung des Globalbudgets 2024 in der Höhe von unglaublichen 308 342 300 Franken. In den Kommissionen wird intensiv um Kosteneinsparungen gerungen. Unser besonderes Augenmerk liegt auf dem überproportionalen Stellenzuwachs in der Stadt Uster, der aus unserer Sicht ohne spürbare Mehrleistung erfolgt und nicht im Verhältnis zum Wachstum der Stadt steht.



Benjamin Streit  
Gemeinderat SVP  
Uster

Der rotgrüne Stadtrat bleibt seiner Linie treu. Die Hochrechnung 2023 sieht CHF 9,5 Millionen höhere Globalbudgets vor. Es ist einmal mehr festzustellen, dass die Globalbudgets überschritten werden, ohne dass die Stadt Uster kostenseitig dieser Entwicklung entgegenwirken würde. Die in der Hochrechnung anfallenden Mehrkosten werden nur durch die unerwartet hohen Steuereinnahmen abgedeckt. Diese hohen Steuereinnahmen verhindern Schlimmeres und werden als Ausrede verwendet, um jeglichen Sparwillen als unnötig anzusehen.

### Einfallsloses Budget

Das Budget 2024 zeigt keinerlei Ambitionen. Erstmals werden Kosten von über CHF 300 Millionen zu finanzieren sein. Der Stadtrat unternimmt den Versuch, das Budget 2024 ausgeglichen zu halten, indem die Einnahmen ebenfalls erstmals über CHF 300 Millionen eingeplant werden. Eine Kostenreduktion, Sparmassnahmen oder eine Verzichtsanzeige sind Fehlanzeigen. So werden nun deutlich über 1050 vollzeitäquivalente Stellen budgetiert. Das Geschäftsfeld Primarschule allein wird über CHF 53 Millionen im Jahr 2024 benötigen, 10 Millionen (oder 25%) mehr als noch vor fünf Jahren. Die städtischen Investitionen steigen rasant an und werden im Jahr 2024 die Schwelle von CHF 30 Millionen wieder überschreiten. Auch in den Folgejahren ist weiterhin mit jährlichen Investitionen über CHF 30 Millionen zu rechnen. Nebst der Liquidität in Form von Steuereinnahmen und teuren Darlehen werden diese Investitionen dann als Abschreibungen über Jahre hinaus die städtische Rech-

nung negativ beeinflussen. Die anstehende Rettung des Spitals Uster ist weder in der Hochrechnung 2023 noch im Budget 2024 sinnvoll dargestellt. Hier kann es schnell sehr teuer werden.

### Keine finanzielle Voraussicht

Mit dem vorgelegten mutlosen Budget 2024 macht sich der Stadtrat stärker denn je von den Einnahmen abhängig. Diese findet er weiterhin in den Grundstückgewinnsteuern und dem mit zu hohen 94 Prozent veranlagten Steuerfuss. Der rotgrüne Stadtrat bleibt seiner Linie – das Geld der Bevölkerung mit beiden Händen auszugeben – auch 2024 treu und lässt weiterhin jede finanzielle Um- und Vorsicht beiseite. Wem diese Budgetzahlen zu abstrakt sind, der kann sich daran orientieren, dass die Kosten pro Einwohner gegenüber dem Vorjahresbudget um neun Prozent auf CHF 4338.– gestiegen sind. Jede Ustermerin und jeder Ustermer wird im kommenden Jahr sehen, ob er von der Stadt auch neun Prozent mehr Leistung erhalten wird. Da der Stadtrat keine Anstrengungen zur Steuerung der Kosten unternimmt, ist der Steuerfuss zu senken. Nur mit der Wegnahme von Einnahmen aus dem Geld der Steuerzahler kann dem rotgrünen Stadtrat ein minimales Kostenbewusstsein aufgezwungen werden.

### Sekundarschulpflege ist kostenbewusster

Auch bei der Sekundarschule zeigt sich für das Jahr 2024 erneut ein Ausgabenwachstum. Dennoch kann die Sekundarschulpflege den Eindruck vermitteln, dass sie sich dieser Entwicklung entgegenstellen versucht. Die SVP Uster nimmt gerne zur Kenntnis, dass die Sekundarschulpflege nicht einfach den leichten Weg einer Steuerfusserhöhung nimmt, sondern das Budget aktiv überprüft. Hinzu kommt, dass die Sekundarschule nicht von den weiterhin hohen Grundstückgewinnsteu-

ern profitieren kann, ganz im Gegenteil zum Stadtrat. Das Gedankenspiel, die Grundstückgewinnsteuern proportional der Sekundarschule anzurechnen, lässt grüssen.

### Wohnbau-Sozialismus

Eine weiteres tief rotes und Freiheit raubendes Anliegen war die Einzelinitiative «Preisgünstiger Wohnungsbau für Uster». Eine Gruppe Stimmberechtigter hat in Form der allgemeinen Anregung bei allen Ersatzneubauten oder Neubauwohnungen einen Anteil von 20 % im preisgünstigen Segment gefordert. Kleine Bauherrschaften, insbesondere Familien und Erbgemeinschaften, werden gezwungen, günstige Mietwohnungen zu bauen. Die heute bestehenden scharfen Bauvorschriften, die langen und komplizierten Baubewilligungsverfahren sowie der Zwang zu teuren Heizungssanierungen wer-

den als Gründe für die Wohnungs-knappheit nicht angegangen.

Die Anlageklasse der Mietwohnungen ist das einzige Investment in der Schweiz, bei welchem der Staat die maximale Rendite vorgibt. Zusätzlich schränkt das mieterfreundliche Gesetz dem Vermieter viel Handlungsspielraum ein. In allen Gebieten der Schweiz, in welchen Restriktionen im Sinne dieser Einzelinitiative bereits wirksam sind, wird die Wohnungsnot grösser und nicht kleiner. Auch das staatliche Auftreten im Mietwohnungsmarkt führt zu keiner Abhilfe. Weniger Staat und weniger Verordnungen helfen dem Mietwohnungsmarkt, ein für alle finanzierbares Gleichgewicht zu finden. Die SVP lehnte die Einzelinitiative deshalb ab. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat wurde sie jedoch angenommen. Die SVP Uster kämpft entschlossen weiter für den Mittelstand, damit die Stimmbürger von Uster möglichst viel von ihrem hart erarbeiteten Geld behalten und selbst darüber entscheiden können, wie sie es ausgeben möchten!



Die Rettung des Spitals Uster kann teuer werden.

Bild: Wikipedia



## UKRAINE-KRIEG

## Drei Wochen, um einen akzeptablen Frieden zu finden?

Angesichts der drohenden Niederlage der Ukraine rückt eine politische Lösung wieder ins Zentrum. Diese wird nicht ohne schmerzhaftes Eingeständnis an Russland gelingen. Nach Einschätzung des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán ist die Zeit dafür knapp.



**Chris Tattersall**  
Gemeinderat SVP  
Wädenswil

Für die Ukraine sehen westliche Politiker und Medien nur eine Lösung: einen Sieg gegen Russland, den Rückzug der Russen aus der gesamten Ukraine einschliesslich der Krim und einen Regimewechsel in Moskau. Dies wird nicht immer weniger wahrscheinlich.

## Mögliche Niederlage

Den Frontberichten auf ukrainischen und russischen Telegramkanäle zufolge steht die Ukraine kurz vor dem militärischen Zusammenbruch. Der Domino-Effekt scheint derzeit mit der Schlacht um Avdeevka zu beginnen, wo die ukrainischen Stellungen kurz vor der Einkesselung stehen. Dies ist die am stärksten befestigte Stadt in der Ostukraine, von der aus die Ukraine seit 2015 gegen die von Russland unterstützten Separatisten im Donbass kämpft und Donezk beschiesst.

## Eine politische Lösung

Wenn die Ukraine verliert, werden die Wähler in Europa anfangen, die Kosten zu zählen: Hunderte von Milliarden Dollar an öffentlichen Geldern, die ausgegeben wurden, ohne dass etwas dabei herausgekommen ist. Leider war der Krieg unnötig und die politische Lösung lag auf der Hand. Russland hatte zwei Hauptanliegen, die man frühzeitig bei der Lösungsfindung hätte berücksichtigen müssen:

1. Russland hat den Beitritt der Ukraine zur NATO immer als eine rote Linie betrachtet.
2. Russland betrachtete die ungleiche Behandlung und die Bombardierung der ethnisch russischen Bevölkerung im Donbass als inakzeptabel.

Zur Erinnerung: Die UNO schätzte die Opferzahlen des Konflikts auf beiden Seiten in der Periode 2014–2021, also vor der russischen Invasion, auf über 51 000, davon 14 000 Getötete.

Die Lösung für beide Themen war bereits seit mehreren Jahren in Sicht. Erstens die Schaffung des Donbass als autonome Region in der Ukraine und zweitens eine neutrale Ukraine. Diese beiden Punkte wurden in den Minsker

Vereinbarungen, also Jahre vor dem Einmarsch Russlands, adressiert. Damals hatten weder unsere Politiker noch die Mainstream-Medien den Ernst der Lage erkannt, sodass kaum ein Versuch unternommen wurde, diese Lösungen in die Tat umzusetzen, als die Ukraine begann, die Vereinbarungen zu ignorieren.

## Scheitern der Friedensgespräche

Beide Punkte wurden im Entwurf des Friedensabkommens, das bei den Verhandlungen in Istanbul im März 2022 erzielt wurde (nur einen Monat nach Kriegsbeginn), erneut angesprochen. Leider wurde dieser Vertragsentwurf, den sowohl die Ukraine als auch Russland ausgearbeitet hatten, von der Ukraine unter dem Druck der NATO abgelehnt. Warum und wie die NATO nicht wollte, dass die Ukraine und Russland im März 2022 Frieden schliessen, hat Harald Kuyat, ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, gut dokumentiert. Basierend auf Aussagen des israelischen Premierministers Naftali Benet und des türkischen Aussenministers Mevlüt Cavusoglu, welche beide an der Friedensverhandlung beteiligt waren, stellt Kuyat fest, dass die NATO sich in ihrer Sitzung vom 24. März 2022 gegen jegliche Friedensverhandlungen aussprach. Danach hat die NATO am 9. April 2022 Boris Johnson als Botschafter nach Kiew geschickt, um den Ukrainern mitzuteilen, dass sie das Friedensabkommen nicht unterzeichnen sollen.

Seit dem Scheitern der Friedensgespräche vom März 2022 haben die NATO und die Ukraine Verhandlungen mit Russland ausgeschlossen, solange Russland nicht alle Truppen zurückzieht.



**Ukrainische Soldaten der 28. mechanisierten Infanteriebrigade beim Training.**

Bild: picryl.com

## Russland setzt auf Sieg

Da Russland den Sieg auf dem Schlachtfeld wittert, gibt es für das Land keinen Anreiz, zu den alte Grenzen zurückzukehren. Um eine Chance auf Erfolg zu haben, müssen die nächsten Friedensverhandlungen Russland in Bezug auf seine wichtigsten Sicherheitsbedenken genügend Komfort bieten. Konkret bedeutet das:

1. eine Verpflichtung zu einer neutralen Ukraine;
2. den Schutz von Minderheitsrechten für ethnische Russen in der Ukraine;
3. eine entmilitarisierte Zone, gross genug, um die wichtigen Infrastrukturobjekte wie die Krim-Brücke als sicher vor Raketenangriffen zu betrachten, und am schmerzhaftesten:
4. die Anerkennung der Annexion der vier Regionen sowie der Krim, die Russland als Teile Russlands bezeichnet hat.

Natürlich ist dies ein weitaus grösserer Kompromiss für die Ukraine, als im Minsker Abkommen oder in den Friedensverhandlungen vom März 2022 vorgesehen war. Es sichert jedoch einen lebensfähigen Staat mit Zugang zum Schwarzen Meer. Wenn die Ukraine und die NATO nicht bald die Demut aufbringen, einen Waffenstillstand und ein Friedensabkommen mit Russland anzustreben, könnte am Ende des Krieges nicht mehr viel von der Ukraine übrig sein. Viktor Orbán hat in seiner Rede im «Dolder» am 22. November erklärt, dass noch etwa drei Wochen bleiben, um eine Einigung mit den Russen zu erzielen. Da er der einzige westliche Politiker ist, der Kontakt zu Präsident Putin hat, hat er vielleicht mehr Einblick als die meisten, wie dringend ein Verhandlungsstart ist.

## MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH VOM 4. DEZEMBER 2023

## Baudirektion muss Potenzial von Windkraftanlagen nochmals überprüfen

Die SVP begrüsst den Entscheid des Regierungsrats, Windkraftpotenzialgebiete nicht in die Richtplanrevision 2022 aufzunehmen. Der Widerstand der betroffenen Bevölkerung und die ablehnende Haltung verschiedener Vertreter der Mitte, FDP und SVP gegenüber Windkraftanlagen zeigt Wirkung.

## Vorerst keine Windkraftpotenzialgebiete im Kanton Zürich

Mit Erleichterung nimmt die SVP zur Kenntnis, dass Windkraftpotenzialgebiete nicht in die Richtplanrevision 2022 aufgenommen wurden. Stattdessen sollen sie in einer separaten Richtplanvorlage zu einem späteren Zeitpunkt der Öffentlichkeit vorgestellt werden. SVP-Fraktionspräsident Tobias Weidmann begrüsst den Entscheid des Regierungsrats: «Die SVP steht Windkraftanlagen im Kanton Zürich kritisch gegenüber, insbesondere wenn die negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen den minimalen Energieertrag stark überwiegen.» Die von Baudirektor Martin Neukom forcierte Windparkoffensive ist auch in verschiedenen Gemeinden auf grossen Widerstand gestossen. Die SVP interpretiert die Ausgliederung der Windpotenzialgebiete als Signal an die Gemeinden und die lokale Bevölkerung, dass man ihre Sorgen ernst nimmt und dem überhasteten Windpark-Aktivismus von Regierungsrat Neukom einen Riegel schiebt.

(Nichtbauzone) im Planungs- und Baugesetz (PBG) in die Vernehmlassung geschickt und in der Richtplanrevision 2022 im Kapitel Siedlungen die neuen Weilerzonen festgelegt. Bisher wurden Weiler im Kanton Zürich oft den Bauzonen zugeordnet.

Dies ist jedoch bundesrechtswidrig. Infolgedessen hat der Regierungsrat festgelegt, welche Kleinsiedlungen als Weiler gelten, und diese der Nichtbauzone zugeordnet. Bisherige Weiler in Bauzonen werden dadurch stark abgewertet. Die SVP ist der Ansicht, dass die Eigentümer der betroffenen Grundstücke angemessen für den Wertverlust entschädigt werden müssen. Zudem ist es zentral, dass bestehende Liegenschaften und ihre Nutzungen zukünftig mindestens Bestand in ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Zudem erwartet die SVP, dass die Rahmenbedingungen zur Schaffung von Weilerzonen möglichst offen festgesetzt werden. Die SVP wird die Bestimmungen für die neu geschaffenen Weilerzonen genau prüfen.

## Bevölkerung muss vor Emissionen geschützt werden

Die SVP setzt sich entschieden für den Schutz der Bevölkerung vor Emissionen ein. Selbstverständlich wird sie die kommenden Planungsschritte kritisch begleiten. Kantonsrat Paul von Euw betont: «Die zahlreichen negativen Folgen industrieller Windkraftanlagen für Mensch und Umwelt müssen in der Planung angemessen berücksichtigt werden. Dazu gehören minimale Abstandsvorschriften, wie sie in unseren Nachbarländern bestehen.» Vom Regierungsrat erwarten wir in absehbarer Zeit eine Vorlage, die Klarheit betreffend Mindestabstände für die betroffenen Gemeinden schafft. Es wird sich zeigen, ob diese Form der Energieproduktion, deren minimaler Ertrag derzeit in keinem guten Verhältnis zu den Auswirkungen auf Menschen, Tiere und die Natur steht, im Kanton Zürich eine Zukunft hat.

## Neueinführung Weilerzone

Des Weiteren hat der Regierungsrat die Einführung einer neuen Weilerzone



**Windparks bleiben im Kanton Zürich umstritten.**

Bild: ZVG

## MEDIENMITTEILUNG DER SVP SCHWEIZ VOM 5. DEZEMBER 2023

## SVP-Fraktion wird Diskussion über die Bundesratskandidaturen der SP fortführen

Asyl für Afghaninnen: Es braucht weiterhin den Druck der SVP gegen die organisierte Zuwanderung im Asylwesen. Nach der Anhörung der beiden SP-Bundesratskandidaten wird die Fraktion die Diskussion über die Kandidaturen an ihrer nächsten Sitzung fortführen.

Die Bundeshausfraktion der SVP traf sich heute zur Beratung der laufenden Sessionsgeschäfte. Dabei zeigte sich: Es braucht weiterhin den Druck der SVP, dass Bundesrat und Parlament die durch Schlepperbanden organisierte Asyl-Zuwanderung korrigieren.

Die Motion 23.4241 von Gregor Rutz verlangt, dass die Asylpraxis – Flüchtlingsstatus mit Familiennachzug – für Afghaninnen umgehend wieder abgeschafft wird.

Diese Praxisänderung des SEM hat eine Sogwirkung: Afghanistan zählt 41 Millionen Einwohner. Bereits heute leben rund 5,2 Millionen afghanische Staatsbürger – darunter viele Afghaninnen – in den Nachbarländern Afghanistans. Theoretisch mit Anrecht auf Flüchtlingsstatus in der Schweiz. Die ersten Zahlen zeigen, dass die Asylgesuche von Afghaninnen in der Schweiz explodiert sind. Es ist völlig unverständ-

lich, dass der Bundesrat diese verheerende Praxis nicht ändern will. Nun müssen FDP und Mitte im Parlament Farbe bekennen und zusammen mit der SVP-Fraktion die linke Asylpolitik von Bundesrätin Baume-Schneider stoppen.

## Anhörung der SP-Bundesratskandidaten

Im Weiteren besprach die Fraktion die anstehende Gesamterneuerungswahl des Bundesrates. Unter grossem Applaus unterstützt die SVP ihre beiden Bundesräte Guy Parmelin und Albert Rösti. Sie sind Garanten einer bürgerlichen Politik im Bundesrat, die das Interesse der Schweiz und der Schweizer Bevölkerung ins Zentrum stellen. Die Fraktion unterstützt zudem die Wiederwahl der bisherigen Bundesrätinnen und Bundesräte. Die Fraktion hörte die beiden offiziellen Bundesratskandida-

ten der SP an und befragte sie zu den Kernthemen Souveränität der Schweiz gegenüber der EU, unkontrollierte Zuwanderung und Staatswachstum (Einhaltung der Schuldenbremse). Die SVP steht zur Konkordanz: Die drei wählerstärksten Parteien sind mit zwei Sitzen, die viergrösste Partei mit einem

«Die ersten Zahlen zeigen, dass die Asylgesuche von Afghaninnen in der Schweiz explodiert sind.»

Sitz im Bundesrat vertreten. Die SVP-Fraktion wird die Diskussion über die Bundesratskandidaturen der SP an ihrer nächsten Sitzung vom 12. Dezember fortführen. Die SVP-Fraktion hat zudem Ständerat Mauro Poggia (MCG) als Fraktionsmitglied aufgenommen.



**Der Sitzungssaal des Nationalrats.**

Bild: SVP Schweiz



**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sumpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
**Der Zürcher Bote** ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 67. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Bülach/Wil**  
Sonntag, 11. Februar 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Samstag, 9. Dezember 2023, 19.00 Uhr, SVP-Treff, Weihnachtsmarkt, beim Feuerwehrverein, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Weiningen**  
Samstag, 16. Dezember 2023, 10.00 Uhr, Sessionsapéro, Schlössli Weiningen, mit Nationalrat Alfred Heer und Kantonsrat Roger Schmidinger.

AUS DEM KANTON

**Der normierten Armeecrèmeschnitte auf der Spur**

Am diesjährigen Jahresabschluss des Unteroffiziersverbandes Andelfingen in der Festung Ebersberg führte Alfred Steiner die Teilnehmer in die Geheimnisse der normierten Armeecrèmeschnitte ein.

RoMü. Im tiefen Innern der Festung Ebersberg in Berg a. I. ist im November am traditionellen Schlussabend des UOV Andelfingen die Truppenverpflegung einst und heute thematisiert worden.

**Verpflegung ist das A und O**

In der durchaus angenehm warmen Soldatenstube gewährte Oberst a. D. Alfred Steiner den Teilnehmern einen Einblick in die Truppenverpflegung. «Die Verpflegung ist die erste und unterste Stufe, welche zum Wohlbefinden und zur Moral der Truppe beiträgt», hielt einleitend Alfred Steiner fest. Entsprechend genoss die Küchenmannschaft samt Küchenchef eine besondere Ehre, aber zugleich auch Verpflichtung. Ihnen musste es ausserhalb von Kasernen oder modernen Unterkünften immer wieder gelingen, in einer einfachen Militärküche irgendwo in einem Wasch- oder Schlachthaus, aber auch einmal unter einem Scheunendach oder nur unter Planen mit einfachen Mitteln die Truppenverpflegung sicherzustellen. «Deshalb wurden früher fast ausschliesslich Metzger, Müller, einfache Handwerker oder Bäcker als Küchengehilfen und

-chefs ausgehoben, weil diese besser als ausgebildete Köche improvisieren konnten», führte Steiner aus.

**Vorgeschriebene Rationen**

Eine weitere wichtige Rolle nahm der Fourier ein, welcher über die Truppenkasse und somit auch die Verpflegung verfügte. Doch der gesamte Bezug und Kauf samt Finanzierung von Nahrungsmitteln aller Art war streng reglementiert und vorgeschrieben, wobei auch hier der Fourier in der Pflicht stand. Der Kauf von Gemüse oder auch Fleisch in örtlichen Geschäften war ebenfalls streng reglementiert. Den Truppen waren die Rationen vorgeschrieben. Pro Mann und Tag hatte man Anspruch auf 300 Gramm Brot, das mindestens drei Tage gelagert war, 10 Gramm Butter, 70 Gramm Käse oder 110 Gramm Fleisch. Zudem standen 1.15 Franken für den Kauf von beispielsweise Gemüse zur Verfügung.

Eine zentrale Rolle nahm aber auch das Oberkriegskommissariat (OKK) ein, welches enorme Mengen von Rohstoffen für die Verpflegungseinheiten umsetzte. Besonders sind dabei die Biskuits, der Panzerkäse, die Militärschokolade, Fleisch-

konserven oder auch Kakao und Kaffee bekannt. Später kamen die bekannten Eintopfgerichte mit verschiedenen Varianten mit Gulasch, oftmals als John Wayne bezeichnet, dazu. Steiner zeigte anhand des «Spatz» auf, wie sich dabei in den vergangenen Jahrzehnten einiges verändert hat. Bis zur Armee 61 durfte für das benötigte Rindfleisch nur solches von 2C-Kühen verwendet werden, welches von sehr alten Kühen stammte, die es heute gar nicht mehr gibt.

**Normierte Crèmeschnitte und Fondue**

Die Crèmeschnitte fand 1959 Einzug in die Schweizer Armee. Diese wurde aber nicht selber von der Küchenmannschaft hergestellt, sondern nur von Dritten bezogen. Entsprechend musste ein Reglement FZ SM 59 erlassen werden, das alles rund um dieses süsse und luxuriöse Dessert exakt festlegte. «Eine Crèmeschnitte muss 12 cm lang, 4 cm breit und 6 cm hoch sein. Sie besteht aus drei Lagen Blätterteig, zwei Lagen Crème und einem Zuckerguss als oberem Abschluss», führte Steiner aus. Zudem war

festgelegt, dass sie innert zwei Tagen gegessen werden musste. Doch auch der Verzehr war im Reglement als Essensregel festgelegt worden. «Die Crèmeschnitte ist seitlich umzulegen und mit Messer und Gabel zu essen», zitierte Steiner. Etwas später, um 1970, erfolgte unter der Obhut der damaligen Schweizer Käseunion die Einführung von Fondue in die Truppenverpflegung. Sie stellte dabei den Truppen das notwendige Geschirr (Caquelon, Rechaud, Gabeln) zur Verfügung. Dabei waren die Beigaben wie der Schnaps oder Wein auch reglementiert.

Zugleich präsentierte Oberst Steiner einige Erinnerungen aus seiner Dienstzeit bei den Genietruppen. Bezüglich der Verpflegung gab es jeweils am Mobilisationstag aus logistischen Gründen einen heissen Schüblig, was immer wieder kritisiert, aber beibehalten wurde. Sie standen fast immer mit ihrem Tenue Blau im Einsatz und wehrten sich vor über 50 Jahren gegen die Einführung des Tarnanzuges, weil sie diesen als unbequem und arbeitshindernd betrachteten. Als letzte wurden deshalb die Sappeure damit ausgerüstet. Die Einführung klappte dann aber doch. «Bereits am zweiten Tag bekamen wir die Rückmeldung, dass im Kampfan-

zug 61 eine ganze Kiste Bier verstaut werden konnte», sagte Alfred Steiner. Schlussendlich lag es nach diesem Referat auf der Hand, dass man sich unter dem Ebersberg auch militärisch verpflegte. Spatz mit zartem Rindfleisch und selbstverständlich auch eine Crèmeschnitte als Dessert wurden serviert.



Für den Schlussabend war die schmuck eingerichtete, aber kleine Offiziersmesse in der Festung Ebersberg zu klein. Bild: ZVG

**Nachhaltigkeits-Initiative**

**Keine 10-Millionen-Schweiz**

Das will die Initiative erreichen: **JA** zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

Spendenkonto: IBAN: CH45 0884 5330 3556 0000 0 IG Nachhaltigkeitsinitiative

**Jetzt Volksinitiative unterschreiben** nachhaltigkeitsinitiative.ch